

Modifizierter Antrag zu Vorlage 331/2022

Beibehaltung Verkehrsführungen Mühlstraße, Vordere Wilhelmstraße, Eberhardsbrücke;
Beibehaltung und Ergänzung der aktuellen Lösung

Antrag:

1. Die im Antrag 331/2022 in den Ziffern 1, 2 und 3 beschriebenen versuchsweisen Verkehrsführungen werden für ein weiteres Jahr als Versuch fortgeführt.
2. Ziffer 4 des Antrags bleibt unverändert.

Begründung:

Durch den Verkehrsversuch bestätigte sich, dass die Neckarbrücke, Mühlstraße und vordere Wilhelmstraße durch die vorgenommenen Anpassungen und Beschränkungen für die Radfahrenden deutlich angenehmer geworden sind und sich bei ihnen ein größeres Sicherheitsgefühl eingestellt hat. Dieses Ergebnis überrascht nicht und war - auch ohne Versuch - vorhersagbar.

Der Test fand allerdings unter besonderen Umständen statt, die keine verlässliche Verallgemeinerung im Bezug auf die sonstigen Folgewirkungen für die Stadt und auf die generelle Akzeptanz der Maßnahme in der Bevölkerung erlauben. Die Aussagefähigkeit wurde eingeschränkt durch folgende einmalige Faktoren:

- Während dem Verkehrsversuch einer Vollsperrung der Steinlachbrücke,
- eine veränderte Verkehrsführung rund um den, im Umbau befindlichen Busbahnhof und
- die zahlreichen Nachwirkungen der Corona-Zeit.

Die erhobenen Verkehrszählungen erlauben aus sich selbst heraus, verstärkt durch die begleitenden Sonderfaktoren, keine belastbaren Schlüsse über alle relevanten Veränderungen in der Stadt. Dies sind neben den (als erträglich festgestellten) Belastungen der Umfahrrouten im Westen und Osten z.B. auch die Erreichbarkeit und Besuchsfrequenz der Innenstadt. Beides ist aus den Daten nicht ablesbar. Angesichts eher bedrohlicher Zeichen für eine abnehmende Vitalität der Alt- und Innenstadt (die sich an einem Ladensterben zeigt, das in Tübingen aktuell sehr stark zunimmt) sollten hier weitere Beobachtungen, Messungen und ggf. auch Befragungen unter „normalen Umständen“ während der um ein weiteres Jahr verlängerten Versuchsphase angestellt werden.

Die zusätzlich gewonnene Zeit könnte auch dazu genutzt werden, im Sinne der Anregungen von Frau Sporrer im Tagblatt „Übrigens“ vom 17.1.2022, „mehr Kopenhagen und Pontevedra zu wagen“: Die dortigen Erfolge beim Erreichen und bei der Akzeptanz verkehrsfreier Innenstädte hängen wahrscheinlich zu einem guten Anteil zusammen mit dem Verzicht auf eine, bei uns in vielen Punkten wahrscheinlich zu weitgehende Rigorosität der Regeln. Ein paar Beispiele veranschaulichen es:

- In Kopenhagen und Pontevedra können Anwohner der verkehrsberuhigten Altstadt (auch ohne einen Stellplatz beim Haus) grundsätzlich zu jeder Zeit vor ihr Wohnhaus in der Fußgängerzone fahren und Menschen bzw. Einkäufe ausladen. Bei uns geht das nur, wenn der Bewohner einen Schwerbehindertenausweis hat. Nur dann kann eine Sondererlaubnis beantragt werden.
- Unsere Regeln für die Handwerker-Zufahrt in Fußgängerzonen bedürfen der Revision hin zu deutlich weniger administrativer Einschränkung.
- Für die Bewohner des westlichen Teils der Gartenstraße wird jede Autofahrt in Stadtteile nördlich des Österbergs zu einer weiten Tour rund um Tübingen. In Kopenhagen bekamen wir an einer analogen Situation geschildert, dass dort „natürlich“ die Anwohner durch die für den Verkehr gesperrte Straße (auf Tübingen übersetzt, durch die Mühlstraße nach Norden) ausfahren könnten. Die wenigen Bewegungen am Tag störten niemanden.
- Die Diskussion um die Durchfahrtgenehmigung für Pflegedienste fand vor wenigen Tagen statt. Es ist nicht vermittelbar, dass für Taxifahrzeugen die Durchfahrt durch die Mühlstraße gewährt wird, aber den Pflegediensten nicht.
- Auch für die Bewohner des Österbergs erweist sich die neue Regelung als z.T. sehr zeitraubend und auch hier sollte über Lösungen mit Augenmaß nachgedacht werden.

Gelingen diese praktikablen Anpassungen unserer Regelungen und führen sie gemeinsam mit den Erfahrungen aus dem, unter normalen Umständen fortgesetzten Verkehrsversuch zu immer mehr Akzeptanz in der Tübinger Bevölkerung, die wir alle ja bereits spüren, dann könnte (und aus unserer Sicht, sollte) man ins Auge fassen, zum Ende der verlängerten Versuchsphase mittels der Bürger-App ein zweites Mal die Bürgerschaft zu befragen. Immerhin hatte sie sich zuletzt bei der Bürger-App Befragung kritisch zur Sperrung der Mühlstraße geäußert. Wäre es nicht ein guter Abschluss einer Jahrzehnte alten Diskussion, wenn dann in einem Jahr ein Beschluss des Gemeinderats über die Verstetigung des Verkehrsversuchs zusätzlich ein positives Votum der Bevölkerung im Rücken hätte? Mit etwas gutem Willen erscheint das erreichbar und ein ewiger Streit in Tübingen könnte endlich befriedet werden.

Tübinger Liste

Ernst Gumrich